

Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2012
am 10.11.2011 von
Bürgermeister Werner Peitz

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Zeit können wir sehr viel über die Welt-Finanzkrise in der Presse lesen oder uns jeden Abend dazu diverse Sendungen im Fernsehen anschauen. Da ist dann immer die Rede von z.B.

Basel 3	Crash	Spread-Risiken
Bad-Banks	EU-Rettungsschirm	Emittenten-Risiko
Ma-Risk	Toxische Kredite	Toxische Wertpapiere
Ranking-Agenturen	Leerverkäufe	inverser Stresstest
Eurobonds	ESM	EFSF

Für Sie alle mag es ja noch möglich sein, den Diskussionen zu folgen. Doch für mich, als absolutem Laien auf dem Gebiet der Weltfinanzmärkte, ist es fast nicht mehr möglich einem solchen Gespräch inhaltlich zu folgen, zumal ich teilweise nicht einmal mehr weiß, welche Bedeutung die vielen Fachbegriffe haben, geschweige denn, welche Konsequenzen daraus für uns alle erwachsen.

Als Fazit der Weltwirtschaftskrise war es jedoch allen wichtig, dass die Banken für sich bessere Kontrollmöglichkeiten erhalten, aber auch besser von außen kontrolliert werden können, um somit wieder deutlich mehr Vertrauen zu schaffen.

Doch bereits im Oktober 2011 musste man feststellen, dass sich die staatliche Hypo-Real-Estate - Bad - Bank FMS Wertmanagement bei der Aufstellung ihrer letzten beiden Bilanzen um 55,5 Milliarden Euro verrechnet hat. Das schockierende daran: niemand hat es gemerkt !

Diese Summe hat aber nicht nur einen wesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme der Bank, sondern auf die Schuldenquote der gesamten Bundesrepublik.

Und dieser Fehler war trotz der neuen Kontrollmechanismen, trotz der sensibilisierten Wirtschaftsprüfer und trotz der vielen Experten im Bundesfinanzministerium nicht aufgefallen.

Meiner Meinung nach ist dabei aber insbesondere beunruhigend, dass dieser katastrophale Fehler gerade bei dem Geldinstitut passiert, das aufgrund der für uns alle leidensträchtigen Vorgeschichte eigentlich unter besonderer staatlicher Aufsicht steht.

Die Korrektur des Fehlers lässt den Schuldenberg der Bundesrepublik Deutschland schrumpfen, d.h. die Schuldenquote sinkt dieses Jahr um 2,6 Punkte auf 81,1 Prozent des Bruttoinlandproduktes.

In den Medien wird hier seitens der Regierung im Umgang mit diesem Thema über ein Missverständnis gesprochen und Herr Schäuble sagt dazu, dass es lediglich ein Kommunikationsproblem gegeben habe und geht zur Tagesordnung über.

Die 55,5 Milliarden – wenn sie der Bundesregierung nicht fehlen – so verstehe ich das – sollte man dann doch zur Finanzierung der am Hungertuch nagenden Kommunen verwenden!

Ein weiteres Thema beherrscht die Medien: die Griechenland-Pleite. Das heißt, die Euro-Zone muss vor der Griechenland-Pleite geschützt werden.

Wir alle hier wissen, dass die Griechenland-Pleite hoch ansteckend auf andere Länder wirkt und dass die Stabilität des Euro der einzelnen Euro-Länder und auch für Euro-Land selbst hier auf dem Prüfstand stehen.

Die EU-Staaten haben daher nach langen langen Diskussionen gemeinsam einen 750 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm für Griechenland bzw. die Euro-Zone beschlossen und alle freuten sich über das gute Ergebnis.

Doch nur ein paar Tage später kündigt der Griechische Ministerpräsident Papandreou an, dass er eine Volksabstimmung in dieser Frage anberaumen wird.

Alle EU-Länder sind entsetzt und verstehen die Welt nicht mehr. Griechenland verhält sich wie ein Patient, der bereits künstlich beatmet wird und freiwillig die Herz-Lungenmaschine abstellen will, in der Hoffnung, dass der Patient dadurch geheilt wird.

Nur ein paar Stunden nach diesem Vorstoß hat Griechenland jedoch erkannt, dass die Kurzschlussreaktion eher einem finanziellen Selbstmord gleicht und hat schnell den Stecker wieder in die Stromdose gesteckt, um erst einmal wieder etwas atmen zu können.

Für mich ist auch das alles nicht mehr nachvollziehbar – was da auf der Weltbühne der großen Politik abläuft. Wenn es nicht so traurig und vor allem nicht so gefährlich für uns alle wäre, könnte man herzlich über das meiner Meinung nach – griechische Kasperletheater auf Welt-Niveau – lachen.

Genauso entsetzt bin ich aber auch über unsere Landesregierung, die den finanziell in Not geratenen Kommunen helfen will, indem sie sehenden Auges die anderen Kommunen - denen auch selbst finanziell das Wasser bereits Oberkante Unterlippe steht – zur Finanzierung des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes heranzieht.

Hier wird aber leider kein NRW-Rettungsschirm für alle am Hungertuch nagenden Kommunen aufgespannt.

Hier wird zur berechtigten finanziellen Unterstützung der notleidenden Kommunen einfach ungeniert in die Taschen der anderen notleidenden Kommunen gefasst, zu denen auch unsere Stadt gehört und diese somit einfach mit ihren finanziellen Sorgen und Nöten im Regen stehen gelassen, oder besser ins kalte Wasser geworfen und sich selbst überlassen werden.

Dabei hatten wir doch alle so große Hoffnungen in die Reform der Kommunal Finanzen. Jetzt geht die Stadt Delbrück als einer der großen Verlierer daraus hervor.

Ein alter Spruch besagt, „Hoffnung ist eine Arznei, die zwar nie heilt, dafür aber lange zu leiden erlaubt.“ So möchte ich es einmal zusammenfassen: Unsere gemeinsame Hoffnung auf eine gerechtere Kommunalfinanzpolitik ist wie eine Seifenblase geplatzt.

Das hat auch gravierende Auswirkungen auf die freiwilligen Ausgaben, insbesondere an Vereine und Organisationen. Hier sind wir auch weiterhin gezwungen, unpopuläre und teilweise schmerzhaft Entscheidungen zu treffen, für die uns jedoch niemand auf die Schulter klopfen wird. Im Gegenteil.

Immer und immer wieder haben wir auf die desolate finanzielle Lage der Kommunen hingewiesen, die nicht nur immer mehr und mehr Aufgaben übernehmen müssen, sondern dann auch noch die blumigen Wohltaten unserer Landesregierung selbst aus den bereits leeren Stadtkassen bezahlen müssen.

Dabei haben wir doch heute schon ein jährliches Defizit in Höhe von mehreren Millionen Euro und durch das Gemeindefinanzierungsgesetz verschärft sich für Delbrück diese Situation noch erheblich. Durch das neue Gesetz ist die ganze Weiterentwicklung unserer Stadt massiv gefährdet bzw. bereits nahezu zum Stillstand verurteilt und das drohende Haushaltssicherungskonzept rückt unaufhaltsam immer näher.

Die Stadt Delbrück wirtschaftet grundsätzlich finanziell seriös und verantwortungsvoll und bis 2010 haben wir nie mehr ausgegeben als wir eingenommen haben.

Andere Kommunen haben hingegen über ihre Verhältnisse gewirtschaftet, leiden nun Not und denen wird jetzt zu Lasten unserer Stadt geholfen. Auch die Entwicklung der Kommunalfinanzen und insbesondere die Tatsache, dass die Kommunen immer mehr und mehr finanziell vom Land belastet werden, kann ich nicht nachvollziehen.

Aber die Stadt Delbrück sowie die anderen Kommunen sind ja bekanntlich das letzte Glied in der Kette und können sich dagegen gar nicht wehren. Die Konsequenz wird sein, dass wir immer mehr unzufriedene Bürger in unserer Stadt haben werden, die dann nicht mehr verstehen können, warum Steuererhöhungen notwendig werden, warum die Weiterentwicklung unserer Stadt in vielen Bereichen stagniert, warum das Ehrenamt nur noch mangelhaft unterstützt werden kann, usw. usw.

Für mich persönlich ist daher das neue Gemeindefinanzierungsgesetz in der jetzigen Form verantwortungslos gegenüber vielen Kommunen, die ums nackte Überleben kämpfen. Mehr noch, für mich ist dieses neue GFG eigentlich gar nicht mehr mit dem § 28 des Grundgesetzes zu vereinbaren, denn darin steht in Absatz 2 und 3:

(2) Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

(3) Der Bund gewährleistet, dass die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht.

Durch das neue Gemeindefinanzierungsgesetz wird meiner Meinung nach das Recht auf die Selbstverwaltung einer Kommune und die damit verbundene finanzielle Eigenverantwortung stark eingeschränkt.

Dadurch leidet nicht nur der Gestaltungswille einer Kommune, sondern auch jegliche Gestaltungsmöglichkeit einer Kommune. Das muss doch auch unserer Landesregierung klar sein und darum muss schnellstmöglich für alle Kommunen ein sinnvolles zukunftsfähiges Gemeindefinanzierungsgesetz auf den Weg gebracht werden. Oder besser noch, eine echte Reform zu Gunsten aller Kommunen muss eingeleitet werden.

Fazit:

In Zeiten, in denen die Ausläufer der letzten Weltwirtschaftskrise noch nicht überwunden sind,

in Zeiten, in denen sich eine neue Weltwirtschaftskrise am Himmel bereits bedrohlich abzeichnet,

in Zeiten, in denen Fehlbuchungen von 55,5 Milliarden Euro als Kommunikationsprobleme abgetan werden,

in Zeiten, in denen von unserer Bundesregierung Rettungsschirme für andere Länder in dreistelliger Milliardenhöhe aufgespannt werden,

wird auf Ebene der Landesregierung zwar auch über einen Rettungsschirm für die stark gebeutelten Kommunen in NRW nachgedacht, doch leider hat der Rettungsschirm in Form des Gemeindefinanzierungsgesetzes gravierende und große Löcher, so dass viele Kommunen nach wie vor einfach im Regen stehen gelassen werden.

Es muss über ein eigenständiges Finanzierungspaket des Landes für die notleidenden Kommunen nachgedacht werden, anstelle einfach das klaffende finanzielle Loch vieler Kommunen zu Lasten der ebenfalls schon am Tropf hängenden Kommunen zu stopfen. Von denen die selbst ums nackte Überleben kämpfen. Ich halte das für nicht nachvollziehbar und unverantwortlich.

Zumindest finde ich es aber toll, dass die Landesregierung uns die Zahlen mit den gravierenden Kürzungen nicht, wie im vergangenen Jahr, erst Wochen nach der Haushaltverabschiedung zukommen lässt, sondern diese uns schon mal ein paar Tage vor der Haushaltseinbringung als Entwurf zur Verfügung stellt, so dass diese noch in dem vorliegenden Haushaltsentwurf eingearbeitet werden konnten.

Nun zu einigen Eckpunkten des Haushaltes 2012 selbst:

Die Steuererhöhung des letzten Jahres führte leider nicht zu dem gewünschten Erfolg, da zeitgleich auch der fiktive Hebesatz in fast identischer Größenordnung angehoben wurde.

Trotzdem beinhaltet der diesjährige Haushaltsentwurf keine Steuererhöhung. Wir wollen damit ein deutliches Zeichen setzen und in diesen unsicheren Zeiten unserer Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern in Delbrück den Rücken stärken, solange es nur geht. Der Haushalt 2012 muss aber durch eine gravierende Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 5.357.240,00 Euro ausgeglichen werden.

Noch schlimmer ist aber folgende Erkenntnis:

In den kommenden Jahren werden wir nicht mehr in der Lage sein, ohne massiven Eigenkapitalverbrauch in Höhe von 4-5 Millionen Euro einen Haushalt aufzustellen. Auch das Eigenkapital in der Allgemeinen Rücklage geht einmal zur Neige und die prozentuale Höchstgrenze der erlaubten Entnahme wird dann auch leider immer kleiner.

Das neue Gemeindefinanzierungsgesetz trifft uns im Jahr 2012 schwer und im Jahr 2013 mit ganzer Härte.

Einzelheiten hierzu wird Ihnen Frau Hartmann gleich noch näher erläutern.

Ebenfalls deutlich wird schon heute, dass in den kommenden Jahren Steuererhöhungen kein Tabuthema sein werden, sondern zwingend notwendig. Denn das Gemeindefinanzierungsgesetz wird maßgeblich auch über die Steuerkraft formuliert und dabei wird Delbrück in der Bewertung nicht mit 380 sondern 411 Punkten fixiert. Durch die neuen Bewertungsparameter der Gemeindefinanzierung erleiden wir daher gravierende finanzielle Nachteile.

Ganz nüchtern müssen wir daher feststellen, dass die wirtschaftliche Situation unserer Stadt unter Haushaltsgesichtspunkten als absolut mangelhaft zu bewerten ist.

Wird keine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen durchgeführt, die wirklich allen Kommunen gerecht wird, kommt es zwangsläufig zur Fortsetzung der Defizitentwicklung und führt dazu, dass wir in einem überschaubaren Zeitraum von nur wenigen Jahren unser gesamtes Eigenkapital komplett "verfrühstücken" werden.

Es ist schwierig, bei allen Bürgern dieser Stadt - nicht nur bei den Entscheidungsträgern - ein ausreichendes Problembewusstsein zu erzeugen, da diese Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage zunächst einmal keine Schmerzen verursachen; es sind vielleicht kleine Nadelstiche hier und da, aber keine echten Schnittverletzungen. Die Schmerzen treten dann in wenigen Jahren auf, dann aber mit voller Wucht – wenn die Kassen leer sind.

Selbst wenn es uns in diesem Jahr noch einmal gelungen ist, der Haushaltssicherung zu entkommen, gibt es nur geringe Chancen, dem grundsätzlichen Teufelskreis zu entfliehen.

Daher muss ich auch in diesem Jahr alle Bürgerinnen, Bürger, Vereine, Schulen und Institutionen usw. bitten, Verständnis dafür aufzubringen, das wir nicht allen Wünschen nachkommen können oder deutlich gesagt, es eigentlich überhaupt keinen Spielraum gibt, Wünsche zu erfüllen.

Die negativen Zahlen unseres Haushaltsentwurfes sprechen für sich selbst. Wir alle hier im Rat der Stadt Delbrück sind gemeinsam für das Wohl unserer Stadt verantwortlich und somit dem Wohl der Menschen, die in unserer Stadt leben, gegenüber verpflichtet. Daher müssen wir auch im Haushaltsjahr 2012 auf nicht absolut lebensnotwendige Investitionen und freiwillige Zuschüsse verzichten.

Denn die Erkenntnis aus diesem Haushaltsplanentwurf ist, dass wir nicht ansatzweise in der Lage sind, auch nur die kleinsten Sprünge zu machen, die nicht bereits im Haushaltsplanentwurf 2012 aufgenommen worden sind.

Jetzt noch ein kleiner Rückblick / Ausblick:

In diesem Jahr haben wir das Integrierte Handlungskonzept beschlossen. Ich bedanke mich bei allen Ratsmitgliedern, Verwaltungsmitarbeitern sowie Mitgliedern von Handel, Banken und Handwerk, die dieses Konzept mit erstellt haben.

Ich weiß, dass ich Ihnen allen in diesem Jahr sehr viel abverlangt habe. Doch nur so war es möglich, fristgerecht im August 2011 den Förderantrag bei der Bezirksregierung zur Innenstadtentwicklung zu stellen. Dadurch sind wir in der Lage, in die Infrastruktur unserer Innenstadt zu investieren, um nicht den Anschluss an andere Kommunen in bezug z.B. auf Aufenthaltsqualität, Barrierefreiheit usw. vollends zu verlieren. Nur Dank dieses Integrierten Handlungskonzeptes werden wir in der Lage sein, gemeinsam die Innenstadt im Rahmen einen 5-Jahres-Planes umzubauen. Nochmals herzlichen Dank an alle, die hier vertrauensvoll und konstruktiv mit mir auf den Weg gegangen sind.

Das Integrierte Handlungskonzept setzt aber auch ein stimmiges Einzelhandelskonzept voraus. Auch das haben wir Dank Ihrer Unterstützung auf den Weg gebracht und werden den Entwurf in der nächsten Umwelt-, Bau und Planungsausschusssitzung intensiv besprechen.

Wir wussten jedoch von Anfang an, dass dieses Einzelhandelskonzept nicht alle Wünsche beinhalten kann. Aber um die Fördergelder zur Innenstadtentwicklung zu bekommen, muss die Stadt durch das Einzelhandelskonzept das absolute Bekenntnis zur Innenstadtentwicklung ablegen und untermauern. Würden wir uns anders verhalten laufen wir Gefahr, die Fördergelder nicht zu erhalten oder was noch schlimmer wäre, ggf. diese wieder zurückzahlen zu müssen.

Die schwierigste Entscheidung die getroffen werden muss, trifft sicherlich die Gewerbegebiete an der B 64 rechts und links der Boker Straße. Würden wir es zulassen, dass dort 3 Supermärkte errichtet würden, bedeutet das, dass der Innenstadt über 20 Millionen Euro an Kaufkraftbindung entzogen würden. Auf die möglichen Auswirkungen in der Innenstadt selbst möchte ich erst gar nicht weiter eingehen.

Das Thema Schulkonzept begleitet uns bereits das ganze Jahr über und wird auch 2012 unser ständiger Wegbegleiter sein. Die Landesregierung hat jetzt endlich entschieden und den gesetzlichen Rahmen für weitere Überlegungen in Gesetzestext gegossen. Somit können nun auch Entscheidungen im Schulausschuss vorbereitet und im Rat beschlossen werden.

Das Baugebiet Weststadt wird im ersten Quartal 2012 soweit fertiggestellt sein, dass wir mit der Vermarktung der Grundstücke beginnen können. Ich bin davon überzeugt, dass sich dort viele Häuslebauer ihren langersehnten Wunsch erfüllen werden. Nach 2005 wird also endlich wieder in der Innenstadt in großem Umfang gebaut.

Die Straße durch das Himmelreich nimmt nun konkrete Formen an und der Bau des Kreisverkehrs an der Rietberger Straße wird uns bis Mitte 2012 fest im Griff halten. Ab Mitte 2012 werden wir uns dann intensiv dem Ausbau der Boker Straße - von der Oststraße bis zur B 64 - widmen.

Wir konnten für die Ortsteile Ostenland und Westenholz bereits in diesem Jahr den Zugang in das schnelle Internet bereitstellen. Und für Anreppen, Bentfeld, Boker und Hagen habe ich bereits den Vertrag mit den Netzanbietern unterschrieben, d.h. spätestens Ende 2012 wird auch hier das schnelle Netz zur Verfügung stehen.

Für Lippling, Schöning und Steinhorst läuft zur Zeit noch das aktuelle Ausschreibungsverfahren. Aber auch dort werden wir nun endlich einen Anbieter haben. Noch im Dezember dieses Jahres werden wir für diese Ortsteile die Förderanträge bei der Bezirksregierung stellen. Wir gehen von einer schnellen Genehmigung der Regierung und einer Realisierung Ende des Jahres 2012 aus.

Der Kreis plant zur Verkehrssicherung der Ortsdurchfahrt Schöning in 2012 eine umfassende Sanierung und in Ostenland wird auf der Hövelhofer Straße ein großer Kreisverkehr errichtet. Auch das sind Entwicklungen, die der Infrastruktur unserer Ortsteile zu Gute kommen und ich bedanke mich daher auch herzlich beim Kreis Paderborn.

Ich kann diese Liste noch beliebig ergänzen, möchte jedoch den Haushaltsberatungen nicht vorgreifen und belasse es daher bei diesen Schlaglichtern.

Zum Schluss meiner Haushaltsrede bedanke ich mich herzlich bei dem Fachbereich II Finanzen für die geleistete Arbeit. Die Aufstellung eines Haushaltes ist mit viel viel Arbeit verbunden, die sicher mehr Freude machen würde, wenn die Zahlen freundlicher wären. Dennoch haben Sie, Frau Hartmann, und Ihr Team in den letzten Wochen hervorragende Arbeit geleistet. Herzlichen Dank dafür.

Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Haushaltsplanentwurf 2012.

Ich danke Ihnen allen für die gute Zusammenarbeit im Jahresverlauf 2011 und freue mich auf eine weiterhin konstruktive Arbeit mit Ihnen zum Wohle unserer Stadt.